

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Abfalschen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 1 Mk.  
Bergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.  
Veranstaltungsanzeigen 30 Pfg.

### Die Geschäftslage in der Holzindustrie.

Ma i.

„Die Kraft, mit der die deutsche Kriegswirtschaft seit Monaten arbeitet, um den Erfordernissen des Heeres und des Inlandsmarktes zu genügen, zeigte sich auch im Mai unvermindert stark und verriet, mit dem Mai des Vorjahres verglichen, vielfach noch eine Steigerung.“ Mit diesen Worten charakterisiert das „Reichsarbeitsblatt“ zusammenfassend die Lage des Arbeitsmarktes im Berichtsmonat.

Die Lage in den einzelnen Zweigen der Holzindustrie wird nach den Berichten der Betriebsunternehmer folgendermaßen geschildert: Für die Säge- und Hobelwerke wie die Kistenfabriken wird der Geschäftsgang im Mai aus Süddeutschland als ausreichend bezeichnet. Im Vergleich zum Vormonat und zum Vorjahr war die Lage etwas ruhiger. Die Möbelindustrie stellt nach wie vor gute Beschäftigung fest. Vereinzelt wird im Vergleich zum Vormonat eine Verbesserung verzeichnet. Auch dem Vorjahr gegenüber macht sich teilweise eine Verbesserung geltend. Die Herstellung von Kolläden, Schattendecken und dergleichen ist nach den vorliegenden Berichten in befriedigender Weise beschäftigt. Die Beschäftigung der Holzplasterfabriken war dagegen schwächer als im April dieses Jahres und im Mai vorigen Jahres. Die Korbwaren- und Rohrmöbelindustrie hatte befriedigend und besser als im Vorjahr um dieselbe Zeit zu tun. Teilweise war auch der Umsatz von eigentlichen Korbwaren etwas besser als im Vormonat. Nelsch mußte mit Überstunden gearbeitet werden. Die Schirmfabrikation verzeichnet eine Verschlechterung des Geschäftsganges. Dieser Rückgang tritt nicht nur dem Vormonat, sondern auch dem Vorjahr gegenüber hervor. Für den Schiffbau sind wesentliche Verschiebungen der Geschäftsverhältnisse nicht zu vermerken. Die Eisenbahnwagenbauanstalten waren wie im Vormonat befriedigend bzw. gut beschäftigt. Im Vergleich zum Mai 1916 war die Beschäftigung besser.

Bei der vom Deutschen Holzarbeiter-Verband veranstalteten monatlichen Erhebung über den Beschäftigungsgrad wurden im Monat Mai wieder 151 Betriebe erfaßt. Das Ergebnis der Erhebung in den einzelnen Zweigen des Gewerbes zeigt die folgende Zusammenstellung:

Berufszweig	Beschäftigte im Berichtsmonat	Beschäftigte im Vormonat	Beschäftigte im Vorjahr	Geschäftsgang									
				sehr gut	gut	befriedigend	schlecht	unbek.	unb.				
Möbel	41	4495	3350	338	175	10	1887	23	2160	3	317	3	131
Bau und Möbel	10	930	489	66	34	1	200	7	625	2	105	—	—
Weiche Möbel	2	204	165	2	1	—	2	204	—	—	—	—	—
Fugensmöbel	3	481	290	7	3	1	330	—	—	2	151	—	—
Bau	4	386	102	18	12	—	2	134	1	200	1	32	
Stühle	11	623	544	33	21	3	174	7	423	1	26	—	—
Pianos und Klavier	18	2318	3319	113	141	—	11	1399	6	869	1	50	—
Sonst. Musikinstr.	4	772	203	8	39	—	2	688	2	84	—	—	—
Wästen u. Wästel	13	3014	1196	68	70	3	409	5	1808	4	536	1	263
Seife	4	1415	343	11	9	—	—	—	—	—	4	4115	—
Werkzeuge	8	2052	238	38	40	2	929	4	759	1	230	1	134
Flugzeuge	11	3970	200	122	157	4	1891	4	844	2	690	1	545
Waggons	9	2297	342	85	18	2	270	4	722	2	1143	1	162
Sport- u. Kinderw.	2	515	320	6	7	—	—	—	—	—	2	515	—
Automobile	3	189	—	6	1	2	142	1	41	—	—	—	—
Rahmmaschinen	6	583	625	21	31	—	2	189	6	394	—	—	—
<b>Zusammen</b>	<b>151</b>	<b>24216</b>	<b>11738</b>	<b>942</b>	<b>759</b>	<b>26</b>	<b>6232</b>	<b>74</b>	<b>9924</b>	<b>40</b>	<b>6675</b>	<b>9</b>	<b>1317</b>
<b>Im Vormonat</b>	<b>151</b>	<b>24170</b>	<b>11811</b>	<b>835</b>	<b>636</b>	<b>31</b>	<b>5831</b>	<b>73</b>	<b>11344</b>	<b>35</b>	<b>3071</b>	<b>12</b>	<b>1924</b>

Die Zahl der Beschäftigten hat gegenüber dem Vormonat wieder eine kleine Steigerung erfahren. Die Zahl der Entlassenen, aber auch die der Entlassenen, ist gestiegen. Das Urteil über den Geschäftsgang weist insofern eine Aenderung auf, als die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben mit sehr gutem und gutem Geschäftsgang von 71 Prozent der Gesamtzahl auf 67 Prozent zurückgegangen ist; dagegen waren in Betrieben mit schlechtem Geschäftsgang im Mai nur 5,4 Prozent, im April dagegen 8,0 Prozent der Arbeiter beschäftigt. Von je 100 Beschäftigten entfallen auf Betriebe mit sehr gutem Geschäftsgang 25,7 (im April 24,1), mit gutem Geschäftsgang 41,3 (46,9), mit befriedigendem Geschäftsgang 27,6 (21,0) und mit schlechtem Geschäftsgang 5,4 (8,0).

Ueber ihren Stand am 1. Juni haben nur 4918 Krankenkassen an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtet, gegen 5560 im Vormonat. Die berichtenden Kassen hatten an versicherungspflichtigen Mitgliedern abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken:

am 1. Mai 3 443 443 männliche, 3 667 749 weibliche,  
am 1. Juni 3 483 335 männliche, 3 728 043 weibliche.  
Hiernach haben die männlichen Beschäftigten um 39 892 oder 1,16 Prozent und die weiblichen um 60 294 oder 1,64 Prozent zugenommen. Insgesamt ist die Anzahl der Beschäftigten um 190 186 oder 1,41 Prozent gestiegen.

Zu beachten ist, daß die betriebl. Zahl der in Landwirtschaft und Industrie beschäftigten Kriegsgefangenen und

damit auch deren Zu- oder Abnahme in diesen Zahlen auch nicht anteilsweise enthalten ist. Dies ist insbesondere zu berücksichtigen, wenn mit der männlichen Beschäftigtenzahl die seit März an Zahl etwas größere weibliche Beschäftigung verglichen wird.

Auf Grund der monatlichen Meldungen der Krankenkassen über ihren Mitgliederstand ist im Reichsarbeitsblatt eine Rechnung über die während des Krieges eingetretenen Aenderungen in der Zahl der Beschäftigten aufgemacht worden. Geht man von dem Stand am 1. Juni 1914 aus und nimmt man die Mitgliederzahl an diesem Tage mit 100 an, dann finden wir eine fortgesetzte Verminderung. Der Tiefstand wird am 1. März 1916 mit 74,4 erreicht. Dann steigt die Zahl der Beschäftigten wieder langsam, in einigen Monaten treten auch Rückschläge ein. Am 1. Juni 1917 wurde der bisher höchste Stand mit 81,1 erreicht. Das heißt, gemessen an dem Stande vom 1. Juni 1914, ist die Zahl der versicherungspflichtigen Krankenkassenmitglieder um 18,9 Prozent zurückgegangen. Anders verläuft die Kurve, wenn man die Versicherten nach dem Geschlecht trennt. Die Zahl der männlichen Mitglieder geht, mit einigen Schwankungen zwar, andauernd zurück bis auf 59,4 am 1. Februar 1917. Seither ist die Zahl wieder gestiegen bis auf 62,8 am 1. Juni 1917. In diesem Tage waren also nur 62,8 Prozent der Zahl der männlichen Arbeiter beschäftigt, die drei Jahre zuvor gezählt wurden. Auch die Zahl der weiblichen Krankenkassenmitglieder erfuhr zu Beginn des Krieges eine Verminderung, die rückläufige Bewegung kam aber sehr schnell zum Stillstand. Am 1. September 1914 waren noch 80,0 Prozent der am 1. Juni gezählten Arbeiterinnen beschäftigt. Dann steigt die Zahl andauernd. Im April 1916 wird sie wieder so groß wie am 1. Juni 1914; sie steigt dann weiter bis 114,9 am 1. Juni 1917, dem letzten Meldungsstag. Nach dieser Rechnung, deren Grundlagen allerdings nicht völlig einwandfrei erscheinen, wäre die Zahl der erwerbstätigen Frauen und Mädchen in den drei Kriegsjahren nur um 14,9 Prozent gestiegen.

Die Berichterstattung über die besonderen Klassen der Holzindustrie, wobei gleichfalls nur die versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken gezählt sind, hatte folgendes Ergebnis:

Rassenarten	Zahl der Berichte	Männl. Mitglieder		Weibl. Mitglieder	
		am 1. Juni	Gegenüber d. Stand am 1. Mai	am 1. Juni	Gegenüber d. Stand am 1. Mai
Orts-Krankenkassen	7	8062	+ 192	3436	+ 300
Annunzi-Krankenkassen	17	8578	+ 37	897	+ 95
Betriebs-Krankenkassen	63	6333	- 28	2856	- 24

Für die Betriebskrankenkassen ist die gleiche Rechnung wie oben für die Gesamtheit der Kassen aufgemacht worden, wobei der Mitgliederstand am 1. Juni 1914, dem Ausgangspunkt der Rechnung, mit 100 angenommen wird. In den Kassen des Holzgewerbes betrug dann die Gesamtmitgliederzahl am 1. Juni 1916 66,6, und sie ist bis zum 1. Juni 1917 weiter auf 64,7 zurückgegangen. Der Rückgang an Mitgliedern war also weit stärker als bei der Gesamtheit der Krankenkassen. Das gleiche trifft auch zu, wenn die männlichen Mitglieder allein betrachtet werden. Deren Zahl hatte sich am 1. Juni 1916 auf 57,6 und bis zum 1. Juni 1917 auf 54,4 Prozent des Standes vom 1. Juni 1914 vermindert. Dafür war die Zunahme der weiblichen Rassenmitglieder stärker als im Gesamtdurchschnitt. Bis zum 1. Juni 1916 hatte sich deren Zahl um 18,7 und bis 1. Juni 1917 um 22,9 Prozent gegenüber dem Stande vom 1. Juni 1914 erhöht.

Ueber ihre Tätigkeit im Monat Mai haben 1509 Arbeiter nachweise an das Reichsarbeitsblatt berichtet, darunter waren 182 Fehlanzeigen von Arbeitsnachweisen, die im Berichtsmonat keine Tätigkeit entfaltet haben. Unter Einrechnung der Reste aus dem Vormonat ergeben sich für die Arbeitssuchenden, die offenen und die besetzten Stellen bei allen Nachweisen zusammen die folgenden Zahlen, wobei zugleich die entsprechenden Zahlen für den Vormonat und den Vergleichsmonat des Vorjahres angegeben werden:

Monat	Arbeitssuchende		Offene Stellen		Besetzte Stellen		Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
Mai 1916	219	183	249	113	147	83	88,162
April 1917	162	191	287	179	118	104	56,107
Mai 1917	165	189	310	197	124	112	53,96

Gegenüber dem Vormonat ist bei den männlichen Arbeitern die Zahl der Arbeitssuchenden, noch stärker aber die Zahl der offenen Stellen gestiegen. Der Andrang auf 100 offene Stellen ging infolgedessen von 56 im Vormonat auf 53 zurück. Bei den Arbeiterinnen hat sich die Zahl der Arbeitssuchenden vermindert, die der offenen Stellen ist gestiegen. Auf je 100 offene Stellen kamen im April noch

107, im Mai aber nur 98 Arbeitssuchende. Die Zahl der besetzten Stellen hat sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Arbeitern eine Steigerung erfahren.

In der folgenden Tabelle geben wir eine gleichartige Uebersicht über den Stand des Arbeitsmarktes in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe.

Monat	Arbeitssuchende		Offene Stellen		Besetzte Stellen		Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
Mai 1916	8076	676	9305	216	5135	194	85,313
April 1917	4060	471	8032	624	2908	477	51,76
Mai 1917	3897	595	8904	746	3087	600	44,80

Hiernach ist der Stand des Arbeitsmarktes in der Holzindustrie noch günstiger als auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitssuchenden geht zurück; sie war im Mai nicht einmal halb so groß als im Mai vorigen Jahres; dabei ist die Nachfrage gegenüber dem Vormonat nicht unwesentlich gestiegen. Auf 100 offene Stellen kamen nur noch 44 Arbeitssuchende. Auf dem Arbeitsmarkt für die Holzindustrie erlangen auch die weiblichen Arbeiter eine wachsende Bedeutung. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist noch größer als das Angebot. Beachtenswert ist die verhältnismäßig hohe Zahl der Vermittlungen.

Die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften hat sich auf dem niedrigen Stande des Vormonats gehalten. Für den Monat Mai haben 33 Fachverbände berichtet, die 940 038 Mitglieder umfassen. Die Berichterstattung erstreckte sich auf 891 654 Mitglieder, von denen am Stichtage 8729, darunter 50 auf der Reise, arbeitslos waren. Die Arbeitslosigkeit betrug also 1,0 Prozent der erfaßten Mitglieder, ebensoviel wie im Vormonat. Ende Mai 1916 hatte die Arbeitslosigkeit noch 2,5 Prozent betragen. Von den männlichen Mitgliedern waren Ende Mai dieses Jahres 0,3 Prozent, Ende April 0,4 Prozent und Ende Mai vorigen Jahres 0,9 Prozent arbeitslos. Bei den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern betrug die Arbeitslosigkeit Ende April und Ende Mai dieses Jahres unverändert 3,3 Prozent; Ende Mai vorigen Jahres waren 9,7 Prozent der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos.

In den zur Industrie der Holz- und Schnitzstoffe zählenden Verbänden waren Ende Mai 0,8 Prozent der Mitglieder arbeitslos gegen 0,8 Prozent Ende April und 1,7 Prozent Ende Mai vorigen Jahres. Im Bildhauer-Verband waren von 896 berichtenden Mitgliedern 7 arbeitslos = 0,8 Prozent. Der christliche Holzarbeiter-Verband zählte unter 3624 erfaßten Mitgliedern 15 Arbeitslose oder 0,4 Prozent. Der Gewerksverein der Holzarbeiter gibt seine Mitgliederzahl mit 2253 an, von denen 1877 bei der Zählung erfaßt wurden; arbeitslos waren 14, das sind 0,7 Prozent. Unser Deutscher Holzarbeiter-Verband ist mit 76 462 Mitgliedern aufgeführt; die Erhebung erstreckte sich auf 75 681 Mitglieder, von denen 276 männliche und 198 weibliche, zusammen 474 Mitglieder am Ort und 2 auf der Reise arbeitslos waren. Von je 100 Mitgliedern waren somit arbeitslos bei den männlichen 0,4, bei den weiblichen 1,8, zusammengenommen 0,6. Ende April dieses Jahres waren 0,8 Prozent, Ende Mai vorigen Jahres 1,8 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos.

### Ein aufreizendes Urteil.

Das preussische Kammergericht, der höchste preussische Gerichtshof, hat ein Urteil gefällt, das so recht zum Bewußtsein bringt, wie tief wir noch, trotz allen Geredes über Neuorientierung, im Polizeistaat stehen. Es handelt sich um folgende Angelegenheit, die im „Berliner Tageblatt“ von einem Juristen ausführlich besprochen wird:

Ein minderjähriger Arbeiter L. in Barmen wurde, weil er die Versammlungen eines von ihm gegründeten Jugendbildungsvereins nicht angemeldet hatte, vom Schöffengericht zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. In einem anderen Strafverfahren wurde er freigesprochen, dagegen erhielt er zehn Tage Gefängnis wegen Teilnahme an einer Demonstration, die wegen der schlechten Ernährungsverhältnisse vor dem Rathaus veranstaltet wurde. Diese Strafe wurde aber mit Rücksicht auf die bisherige gute Führung des Angeklagten nicht vollstreckt, sondern ihm wurde Strafausschub mit Aussicht auf völligen Erlass der Strafe bewilligt.

Soweit hätte die Sache nichts Auffälliges. Aber auf Grund dieser Tatsachen verfügte das Vormundschaftsgericht in Barmen die Unterbringung des L. in Fürsorgeerziehung, und als Grund für diesen Befehl wurde die politische Ueberzeugung des L. angegeben. Auf erhobene Beschwerde hat das Landgericht den Beschluß des Vormundschaftsgerichts aufgehoben mit der ganz selbstverständlichen Begründung, daß „überspannte oder selbst gemeinschädliche politische Gesinnung und ihre Betätigung nicht als sittliche Mängel anzusehen“ sind. Gegen diesen einleuchtenden Beschluß legte aber der Oberbürgermeister von Barmen

Beschwerde ein, und das Kammergericht hat durch Urteil vom 27. April 1917 die Ueberweisung in Fürsorgeerziehung verfügt. In der Begründung dieses haarsträubenden Urteils sagt das Kammergericht, daß es, solange der Minderjährige der Erziehungsgewalt Dritter untersteht, „Sache der verantwortlichen Stellen ist, dafür zu sorgen, daß im nationalen Sinne auf die Minderjährigen eingewirkt wird, und die Gefahr einer sittlichen Verwahrlosung ist ohne weiteres gegeben, wenn es sich herausstellt, daß der Minderjährige bei dem gegenwärtigen Stande seiner Erziehung dem Vaterlande entfremdet ist, oder gar feindlich gegenübersteht“.

Dieses Urteil ist rechtskräftig, aber wir wollen hoffen, daß in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet es als eine Ungeheuerlichkeit, daß eine politische Gesinnung als sittlicher Mangel bezeichnet wird. Das Kammergericht verlangt durch sein Urteil, daß die politische Gesinnung der Minderjährigen der jeweils herrschenden Richtung angepaßt werde. Es will das Bekenntnis zu der richtigen Gesinnung durch die Pein der Zwangserziehung herbeiführen. Bei den Opfern dieser Erziehung wird das Gegenteil des Gewollten zweites erreicht werden.

Über die Wirkung dieser höchstgerichtlichen Entscheidung reicht weiter. Sie muß die größte Beunruhigung in alle Familien hineintragen, in denen die Kindererziehung nicht nach den Grundsätzen einer obrigkeitlich geordneten politischen Gesinnung erfolgt. Muß doch jeder Vater befürchten, daß ihm seine Kinder genommen und in das Zuchthaus für Jugendliche gesteckt werden. Was man über die Zustände in vielen Fürsorgeerziehungsanstalten erfahren hat, berechtigt zu der Annahme, daß in einem guten Teil dieser Anstalten Zustände herrschen, die sie für die Opfer dieser Fürsorge schlimmer machen als das Zuchthaus.

Gegen die Entscheidung des Kammergerichts muß nachdrücklicher Protest erhoben werden. Die in dem Urteil ausgesprochenen Grundsätze sind für ein Volk, das auf Selbstachtung hält, unerträglich. Den gelehrten Richtern wird immer eine gewisse Portion Weltfremdheit zugute gehalten, daß aber die Richter des Kammergerichts, die sich inmaßen, über die politische Erziehung der Jugend zu urteilen, so geringes politisches Verständnis zeigen, daß sie in dieser Zeit, wo es darauf ankommt, im vaterländischen Interesse alle Kräfte zusammenzufassen, einen solchen Zankapfel in das Volk werfen, hätte man nicht für möglich gehalten. Es handelt sich um dasselbe Kammergericht, auf welches einst das Wort geprägt wurde: „Es gibt noch Richter in Berlin!“

**Zur Beitragsfrage.**

In der Diskussion über die Erhöhung der Beiträge und der verschiedenen Unterstützungen dürfte wohl ein erheblicher Teil der Verbandsmitglieder im Felde ein reges Interesse zeigen. So gestatte auch ich mir, der ich an die 18 Jahre im Verband organisatorisch wie in Verwaltungen tätig war, daran teilzunehmen. Hatte ich schon vor dem letzten Verbandstag in unserer Zahlstelle Anträge auf Erhöhung der Beiträge sowie der Unterstützungen nach Staffellung gestellt, die allerdings vom Verbandstag in Dresden nicht akzeptiert wurden, so kann ich diese Diskussion jetzt mit freudiger Begrüßung begrüßen. Vor allem in Anbetracht des jetzigen Geldwertes ist eine möglichst baldige Erhöhung erforderlich. Ich lehne mich da an den Vorschlag des Kollegen Berndt (Stettin), der den Grundbeitrag von 70 Pf. pro Woche nennt, mit der weiteren Staffellung von 90 Pf., 1.10 Mk. und 1.30 Mk. Damit würde unser Verband eine wesentliche Steigerung der Einnahmen erreichen, um die Unterstützungen auszubauen. Niedriger sollte der Beitrag nicht bemessen werden. Früher kann ich ja aus dem Felde rechtliche Grundlagen nicht aufstellen, die ich bei der Diskussion vor dem letzten Verbandstag, und als diese dort nicht angenommen wurden, später bei dem Lokalbeitrag in Dresden mit Erfolg angewandt habe. Aber das können wir den Kollegen in der Heimat überlassen. Die Hauptsache ist wohl, daß sich Verbandsmitglieder aus dem Felde an der Diskussion beteiligen, um so die draußen herrschende Stimmung kennenzulernen. Der Ansicht des Kollegen Berndt kann ich mich aber insoweit nicht anschließen, als es jedem Kollegen überlassen bleiben soll, welcher Klasse er angehören will; da muß doch die Lohnhöhe maßgebend sein. Kämpfe um die Erhaltung und weitere Erhöhung der Löhne werden nach dem Kriege notwendig sein, da heißt es, den Verband auszubauen, und zwar so schnell als möglich. Der Vorstand sollte deshalb möglichst bald Grundlagen hierzu in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zur Diskussion stellen, um selbige denn in einer Reichsversammlung oder, wenn ungenügend, durch Hochstimung zur Entscheidung zu bringen. Daß im Verband ein weiterer Ausbau notwendig ist, wird wohl kein Mitglied bestreiten können. Da heißt es also schnell handeln, damit wir nach dem langen Krieg, der so viele Umwälzungen mit sich bringt, zu jeder Zeit gerüstet sind.

Reinh. Fischer (Dresden), zurzeit im Felde.

Inmitten dieses Weltkrieges, bei der Schwierigkeit der Lebensmittelsbeschaffung, noch eine Beitragserhöhung im Verband durchzuführen zu müssen, ist für die in Betracht kommenden Faktoren keine angenehme Aufgabe. Im Frieden, wenn man die Kollegen in der Fabrik zusammen hatte, konnte man für die Verbandspolitik leichter ein Einverständnis erzielen, da man Gegner leichter aufklären konnte. Jetzt hat man es aber teils mit ganz alten oder zum großen Teil mit jungen Kollegen zu tun, die sich hauptsächlich die leisten, um die Verbandstätigkeit nicht im geringsten kummern. Auch wirkt das Gespenst der Arbeitslosigkeit nicht in dem Maße, daß, wenn wir auch die Säge der Arbeitslosenunterstützung erhöhen, bei diesen jungen Kollegen die Verbände nicht erzielen. Oft hört man den Ausruf: „Ach, was werden wir doch nicht erreichen!“ Sie haben, wie ich wieder feststellen werden muß, nur ein Interesse für die Kollegen: „Wann kommt die nächste Lohnerhöhung?“ Sie denken nicht daran, daß es dem Verband zugute kommen

haben, der es ihnen mit seiner ganzen Kraft ermöglicht, solche Zugeständnisse von den Unternehmern herauszuholen. Sie werden mit der Zeit noch viel zu lernen haben.

Die Beitragserhöhung wird kommen, es ist kein Zweifel für den, der sich im Verband auf dem laufenden erhalten hat. Wir haben mit aller Energie darauf zu sehen, daß, wenn heute das Kriegsgewitter vorüber ist, wir gerüstet dastehen. Schwere Kämpfe werden nach diesem Kriege den Gewerkschaften bevorstehen. Der Vorstand hätte schon längst hier ausklarend wirken müssen. Wenn unsere Kollegen aus dem Felde heimkommen, müssen wir sagen können: Wir haben unsere Pflicht erfüllt. Die Frage der Staffellung scheint mir zu sein, eher wäre ich noch für Ortsstaffellung zu haben, die diese ungeheure Arbeit wesentlich erleichtern würde. Für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung habe ich in früherer Zeit gewirkt, auch heute noch stehe ich auf diesem Standpunkt, der einmal doch der Bewirtlichung entgegengesetzt werden muß. Ich bin der Meinung, daß ein Verbandstag einberufen werden muß, um diese wichtigen Fragen endlich zur Lösung zu bringen.

Schon bei der letzten Beitragserhöhung wurde das System der Staffellung speziell von den kleineren Branchen vertreten, erlitt aber durch die bekannten Gründe ein Fiasko. Da nun die Beitragsfrage heute wieder zur Diskussion steht, so ist es von großer Wichtigkeit, daß die Staffellungsfrage ausführlich erörtert wird. Wer nun, wie Schreiber dieses, inmitten der Kleinarbeit steht (als Sektionsführer, auch als Mitglied der Leitung hatte ich im Westen, Südwesten und Norden genügend Gelegenheit dazu), der hatte oft Grund, speziell durch die Beitragsfrage, über Mißerfolg zu klagen. Die Kollegen erkannten voll und ganz die Organisationsnotwendigkeit an, aber die Beiträge waren im Vergleich zum Verdienst zu hoch. Es kommen ja auch stets die Lokalzuschläge in Betracht, ohne welche die örtliche Zahlstelle, soll sie ihre Aufgaben erfüllen, nicht bestehen kann. Der Verdienst ist teilweise für die kleineren (aber auch andere) Branchen so niedrig, daß er für eine einigermaßen angemessene Lebenshaltung nicht ausreicht. Dazu die Konkurrenz der Arbeitskräfte. Jede Statistik beweist, daß die Betriebe in ländlichen Gegenden die niedrigsten Löhne zahlen. Dieses hat auch vielfach darin seinen Grund, daß die Arbeitskräfte noch landwirtschaftlichen Nebenbetrieb haben und dadurch auch bedeutend gegenüber dem Arbeiter, der alles Notwendige kaufen und bezahlen muß, im Vorteil sind. Die Lohnansprüche sind durch diese Verhältnisse nicht so hoch wie die der anderen Kollegen. Hält man es diesen Mitarbeitern vor, erklärt ihnen, wie sie ihre Kollegen durch die niedrigen Löhne so schwer schädigen, so predigt man sehr oft tauben Ohren, oder aber die Antwort erfolgt: „Ja, der Verband hat recht, wir müssen höhere Löhne haben, aber wir können von unserem niedrigen Verdienst nicht so hohe Beiträge zahlen.“ Wieder andere Verurteile sind wirkliche Elendsberufe (Bürstennacherer im Schwarzwald, im Erzgebirge). Dort ist es aber fast unmöglich, die Beiträge, wozu notgedrungen Lokalzuschläge erfolgen müssen, zu erschwingen. Solange aber in diesen Gebieten nicht eine durchgreifende Änderung in der Lohnfrage erfolgt, ist es den städtischen Kollegen und Kolleginnen unmöglich, für Besserung der Einkommensverhältnisse einzutreten. Darunter leidet wieder der Verband, und der Agitation werden große Schwierigkeiten bereitet. Aus diesen Gründen ist es nötig, durch Staffellung alle Gegenwirkungen zu heben und der Agitation die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Eine klare Diskussion im Verbandsorgan wird wohl die Kollegen, die bisher Gegner der Staffellung waren, überzeugen. Es ist doch praktisch unmöglich, nach der Lage z. B. der Tischlerei alle anderen Branchen zu beurteilen.

P. A. Diez (Hamburg), zurzeit im Felde.

Es ist ja so ein eigen Ding, als nicht direkt Beteiligter einer Beitragserhöhung das Wort zu reden. Ich habe bisher immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die Beiträge für eine Organisation nicht so leicht zu hoch werden können; denn je höher die Beiträge, desto leistungsfähiger die Organisation. Ist aber eine Organisation leistungsfähig, dann ist auch die Lage der von ihr vertretenen Arbeiterschaft eine erträgliche. Natürlich kann eine Organisation nicht ohne Rücksicht auf die Zusammenfassung ihrer Mitglieder die Beiträge erhöhen. Das würde gleichbedeutend sein mit einem Stillstand oder numerischen Rückgang der Organisation. Es müssen bei der Festlegung der Beiträge die Löhne des einzelnen in Betracht gezogen werden. Aber ich meine, daß es wohl möglich sei, den Verbandsbeitrag für alle Mitglieder um 10 oder 15 Pf. pro Woche zu erhöhen. Denn dem Arbeiter war es schon vor dem Kriege möglich, bedeutend mehr für seine Organisation aufzuwenden. Leider war es ja immer ein heißer Punkt, wenn eine Versammlung sich mit einer Beitragserhöhung befassen mußte. Dann kam alles in die Verfallung, auch die, die sich sonst den Teufel um den Verband kümmerten. Nun wird die Frage der Staffellungsbeiträge aufgeworfen. Wenn die Kollegen im Lande meinen, mit dem Staffellsystem mehr Geld in unsere Kasse fließen zu sehen, dann meine ich, wird auch unter Vorstand seinen Widerstand dagegen aufgeben müssen. Nun möchte ich noch eine Frage ansprechen. Wie verhält sich der Verband denjenigen Kollegen gegenüber, die die volle Kriegszeit im „bunten Rod“ gesteckt haben? Sind sie als neu Eintretene zu behandeln? Ich glaube, es sind Kollegen darunter, die 20 und mehr Jahre der Organisation die Treue gehalten haben, und nicht immer waren es die besten Jahre. Ich meine, über diese Frage kann mal unter den im Felde befindlichen Kollegen diskutiert werden.

Heinz Engel (Hamburg), zurzeit im Felde.

Eine Diskussion der letzten Frage dürfte sich erübrigen. Der Verbandsvorstand hat durch wiederholte Bekanntmachungen darauf hingewiesen, daß alle aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen wieder in die Rechte eintreten, die sie vor ihrer Einberufung hatten. Wer als arbeitsfähig zurückkehrt, hat dem Lage der Kleidung an, also ohne Ka-

renzzeit, Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Nur solche Mitglieder, die vor ihrer Einberufung ausgesteuert waren und mindestens 52 Wochen dem Heere angehört haben, sind bei ihrer Rückkehr sofort wieder unterstützungsberechtigt. (Red.)

**Soziales.**

**Der Klingelbeutel für die Kriegsbeschädigten.**

Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge veranstaltet eine allgemeine Sammlung für die Kriegsbeschädigten. Er leitet sie ein durch die Verbreitung einer Notiz durch die Presse, in welcher auf eine lehrreiche Statistik hingewiesen wird, die kürzlich in der Rheinprovinz aufgenommen wurde. Hiernach erhält ein völlig erwerbsunfähiger Kriegsinvalide mit Familie im Durchschnitt monatlich 67,80 Mk. an Rente; aus jedes Familienmitglied kommt im Durchschnitt ein Monatsbetrag von 15,70 Mk. Das ist in der Tat bitter wenig, und der „Dank des Vaterlandes“, der sich in solchen Renten an die Kriegsopfer äußert, erstreckt nicht gerade in hellem Licht. Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge erwartet, daß ein Erhöhung der Renten eintreten wird. Wann und in welchem Umfang sie erfolgt, steht aber noch nicht fest, und der Ausschuß stellt voraus, daß auch dann noch große Härten der Einzelfälle zu lindern übrigbleiben werden. Deshalb will er Sammlungen veranstalten, denn, so meint er, „hier gilt es, für das ganze Volk eine Dankeschuld abzutragen“.

Diese verlässliche Rundgebung — größere Aufrufe sind ja wohl noch zu erwarten — macht dem guten Herzen der Mitglieder des Reichsausschusses alle Ehre; die Notwendigkeit solcher Sammlungen wäre aber kein Ruhmestitel für das Deutsche Reich. Bei den Kriegsverletzten, die ihre geliebten Glieder dem Vaterland zum Opfer gebracht haben, wird eine Ablösung der Dankeschuld, die sich auf den Ertrag des Klingelbeutels stützt, notwendig die bittersten Gefühle auslösen. Während die Krieger draußen ihr Leben in die Schanze schlagen zur Verteidigung des Vaterlandes, haben die Daheimgebliebenen, soweit sie über das erforderliche Betriebskapital und ein robustes Gewissen verfügen, glänzende Gewinne eingehemst. Nun sollen jene, die in Krippeln gesessen wurden, auf die Almosen der Kriegsgewinner angewiesen sein. Ein unerträglicher Gedanke!

Das ganze Volk hat den Kriegsbeschädigten eine Dankeschuld abzutragen. Aber nicht, indem man es zur Spendung von Almosen auffordert. Die Gesehgebung muß mit größerer Beschleunigung arbeiten, um die Not von den Türen der Opfer des Krieges fernzuhalten. Und wenn es an Mitteln fehlt, die Renten der Kriegsbeschädigten in angemessener Weise zu erhöhen, dann muß eben das Reich die Kriegsgewinne mit der nötigen rücksichtslosen Schärfe steuerlich erfassen. Den Kriegsbeschädigten soll man die Schmach nicht antun, daß man den Betteisack für sie schwingt.

**Der Zentralverband deutscher Konsumvereine**

hielt seine 14. Generalversammlung am 18. und 19. Juni in Nürnberg ab. Aus dem vorgelegten umfangreichen Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften infolge einiger Verschmelzungen von 1114 im Jahre 1915 auf 1110 im Jahre 1916 sank, die Mitgliederzahl stieg aber von 1 860 062 auf 2 063 404. Der Gesamtumsatz stieg von 684,1 Millionen auf 743 Millionen Mark; der Wert der in eigener Produktion hergestellten Waren von 155,8 Millionen auf 191,3 Millionen Mark. In den angeschlossenen Vereinen waren im Jahre 1915 28 173 Personen beschäftigt, 1916 waren es 29 365 Personen.

In der Generalversammlung schilderte der Geschäftsführer des Zentralverbandes, Kaufmann (Hamburg), die ungemein großen Schwierigkeiten, unter denen die deutschen Konsumgenossenschaften während des Krieges zu leiden haben. Er beklagte, daß manche Behörden die Konsumvereine in ihrer segensreichen Tätigkeit behinderten, anstatt sich ihrer zum Besten einer gerechten Güterverteilung zu bedienen. Aber allen Hindernissen und Widerständen zum Trotz schreite die Bewegung weiter, der die Zukunft gehöre. In der angenommenen Resolution heißt es:

„Der 14. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 18. und 19. Juni in Nürnberg erklärt, daß er sich der vielfach von der Presse und von Organen der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels vertretenen Auffassung, die vorhandenen Ernährungsschwierigkeiten seien auf die Ausschaltung des freien Handels zurückzuführen, nicht anschließen kann. Er ist vielmehr der Ueberzeugung, daß die Hauptaufgabe der Kriegsernährungswirtschaft, die immer knapper werdenden Nahrungsmittel gleichmäßig auf das ganze Jahr und gerecht auf alle Bevölkerungsschichten in Stadt und Land, auf arm und reich zu verteilen, nur durch eine zwangsläufige Organisation der Volksernährung gelöst werden kann. Stimmt der Genossenschaftstag zu dem Grundgedanken unserer Ernährungswirtschaft im Kriege zu, so muß er doch andererseits betonen, daß im einzelnen seine Ausführung noch viel zu wünschen übrigläßt. Noch immer ist ein befriedigendes Verhältnis zwischen dem Verbrauch der ländlichen Erzeuger und der städtischen Konsumenten nicht erreicht. Ein umfangreicher Schleichhandel durchkreuzt die Verteilungsvorschriften und hebt für die Bevölkerungsschichten, die sich seiner bedienen, die Einschränkung der Rationierung auf Aktienhandel und Bucherpraktiken wirken weiter und verteuern die Nahrungsmittel. Bei aller Würdigung der vorhandenen sachlichen Schwierigkeiten glaubt der Genossenschaftstag, doch seine Meinung dahin zusammenfassen zu sollen, daß ein gutes Teil der vorhandenen Ernährungsschwierigkeiten zu beseitigen ist, wenn auch die Nahrungsmittelherzeuger die Anforderungen der Kriegswirtschaft mit der gleichen Entfaltungswilligkeit auf sich nehmen, wie das von dem größten Teil der Verbraucher geschieht. Vor allem haben die Reformversuche an diesem Punkt einzusetzen, wobei Maßnahmen organisatorischer Art der Vorzug vor scharfem Zwang

# Ehrentafel

der im Kriege gefallenen Verbandmitglieber

Der Ortname bedeutet die Wohnstätte, wobei der Kollege zuletzt angegeben hat

Heinrich Aldag, Tischler, Hamburg.  
 Heinrich Alter, Tischler, Hamburg.  
 Karl Anders, Holzarbeiter, Berlin.  
 Wlth. Arnold, Schreiner, Stuttgart.  
 Friedrich Bachhaus, Tschl., Hannover.  
 Johannes Barz, Tischler, Hamburg.  
 Hermann Beder, Tischler, Hamburg.  
 Karl Bissinger, Klavierarb., Berlin.  
 Oskar Mant, Holzarbeiter, Leipzig.  
 Walter Börsch, Modellst., Magdeburg.  
 Gustav Boldt, Landsberg a. d. W.  
 Kurt Botta, Tischler, Liegnitz.  
 Wilhelm Bowih, Freienwalde.  
 Wlth. Büttner, Stuhlauer, Rabenau.  
 Wilhelm Dürr, Schreiner, Hamburg.  
 Wlth. Elbert, Holzarb., Wörth a. M.  
 Karl Eichhoff, Tischler, Hamburg.  
 Karl Ffischer, Tischler, Hamburg.  
 Paul Fürstenberg, Kosterfelde.  
 Alfred Fuhrmann, Beizer, Berlin.  
 Gottlieb Gebhardt, Schr., Stuttgart.  
 Karl Geiger, Fürstenberg a. d. O.  
 Paul Gerchow, Masch.-Arb., Berlin.  
 Bernhard Gieselberg, Helzen.

Adam Grenz, Tischler, Hamburg.  
 Ditto Gursch, Stellm., Hamburg.  
 Paul Hänsel, Stuhlauer, Leisnig.  
 Valentin Hahn, Tischler, Berlin.  
 Max Hambsch, M.-A., Leipzig.  
 Karl Harbt, Tischler, Hamburg.  
 Reinhard Hartmann, Tschl., Langenöls.  
 Hans Hansen, Rendsburg.  
 Arthur Heinicke, M.-A., Leipzig.  
 Heinrich Heuschkel, Holzarb. v. d. S.  
 Guido Hering, Tischler, Pirna.  
 Ditto Hermann, Tischler, Magdeburg.  
 Robert Hilmer, Tischler, Liegnitz.  
 Emil Hirsch, Tischler, Bittau.  
 Josef Homald, Schr., Mülhausen i. Elz.  
 Johannes Hoof, Schreiner, Krefeld.  
 Oskar Jädel, Dortmund.  
 Heinrich Jäsch, Eisenberg.  
 Ditto Jost, Tischler, Hamburg.  
 Bruno Junge, Tschl., Langenöls.  
 Rudolf Kehler, Tischler, Berlin.  
 Albert Klein, Tschl., Magdeburg.  
 Ditto Knopje, Eisenberg.  
 Franz Kordagki, Beizer, Berlin.  
 Paul Kormann, Modelltischler, Erfurt.  
 Edmund Kremm, Tschl., Gr.-Schönan.  
 Paul Krüger, Stargard i. P.  
 Reinhold Kurze, Modelltischler, Leipzig.  
 Franz Kurmann, Tischler, Berlin.  
 Heinrich Lange, Tischler, Dsnabrück.  
 Paul Leib, Tischler, Berlin.  
 August Lese, Tischler, Berlin.

Christian Luber, Bürstenm., Landshut.  
 Heinrich Ludwig, Tischler, Hamburg.  
 Georg Lulze, Tischler, Hamburg.  
 Hermann Maasch, Tischler, Berlin.  
 Hermann Menz, Tischler, Neustrelitz.  
 Willi Meyer, Holzarbeiter, Harburg.  
 August Mischke, Tischler, Berlin.  
 Guido Mödel, Stellmacher, Berlin.  
 Oskar Möhler, Polierer, Leisnig.  
 Johannes Nowinkel, Ristenm., Hamburg.  
 Edmund Müller, Tischler, Berlin.  
 Josef Müller, Schr., Waiblingen.  
 Karl Müller, Köln.  
 Max Mumm, Tischler, früher Kassierer der Zählstelle Neustrelitz.  
 Konrad Nagel, Herzogenaurach.  
 Albert Neda, Tischler, Berlin.  
 Ludwig Pelnemann, Lüneburg.  
 Heinrich Pfund, Schr., Waiblingen.  
 Florian Pioski, Tischler, Hannover.  
 Paul Polke, Tischler, Görlitz.  
 Karl Poniak, Stellmacher, Berlin.  
 Ditto Porbad, Tischler, Dsnabrück.  
 Conrad Rau, M.-A., Stuttgart.  
 August Reimers, Tischler, Kiel.  
 Ernst Ritter, Tischler, Leipzig.  
 Ditto Rothe, M.-A., Leipzig.  
 Wilhelm Ruden, Tischler, Berlin.  
 Gustav Sachs, Pol., Ludenwalde.  
 Emil Salefsky, Tischler, Berlin.  
 Ditto Säuberlich, Schmiedeb. i. Sa.  
 Gottfried Schäfer, Pol., Stuttgart.

Gustav Scharf, Schr., Frankfurt a. M.  
 Hugo Scheffler, Korbm., Köpchenbröck  
 Frh. Scheidewitz, Tischler, Leipzig.  
 Robert Schild, Schreiner, Remscheid.  
 Wlth. Schmitt, Tischler, Berlin.  
 Johannes Schneider, Tischler, Leipzig.  
 Wlth. Schneider, Tischler, Leipzig.  
 Math. Schuchler, Schreiner, Kempten.  
 Peter Schüllermann, Elmshorn.  
 Walter Scholz, Eisenberg.  
 Otto Schulz, Tischler, Hamburg.  
 Paul Schüller, Tischler, Gassen.  
 Paul Sentpiel, Tischler, Hamburg.  
 Johann Simons, Tischler, Berlin.  
 August Soltan, Lüneburg.  
 Willi Stogatz, Rahmenmacher, Berlin.  
 Adolf Stache, Tischler, Berlin.  
 Paul Stephan, Tischler, Berlin.  
 Ditto Thiersch, Polierer, Rabenau.  
 Franz Uhlendorf, Köthen.  
 Wilhelm Walter, Hamburg.  
 Max Welle, Eisenberg.  
 Kaspar Welker, Remscheid.  
 Rudolf Welke, M.-A., Leipzig.  
 Ernst Werner, Tischler, Kiel.  
 Emil Wieders, früher Kassierer der Zählstelle Wetter.  
 Hugo Wilkens, Tischler, Hamburg.  
 August Wuthnow, M.-A., Brandenburg.  
 Andreas Zöll, Schreiner, Höchst.

Ehrem Andenken!

zu geben ist, obgleich auf dessen Anwendung nicht grund-

fählich verzichtet werden kann. Die Resolution weist weiter auf die für die Konsumgenossenschaften bestehenden besonderen Schwierigkeiten hin. Sie haben vielfach über Benachteiligungen bei der Zuweisung von Waren zu klagen, Vorurteile und Uebelwollen gegen die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen machen sich noch bei Behörden, meistens solchen der Kommunalver-

hände, bemerkbar und zeitigen unerfreuliche Vorkommnisse und Benachteiligungen der Konsumgenossenschaften. Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist bei der Warenverteilung beinahe ganz ausgeschaltet; ihre Einrichtungen und Kräfte, die sich so vorzüglich zur Mithilfe bei einer gemeinnützigen Warenverteilung eignen, liegen brach. Wegen diese Methoden legt der Genossenschaftstag Verwahrung ein. Er verlangt, daß den Konsumgenossenschaften endlich der Platz im Verteilungsorganismus angewiesen wird, auf den sie Anspruch erheben dürfen.

Ueber die öffentlich-rechtliche Vertretung der Verbraucher referierte Feuerstein (Stuttgart). Die von ihm vorgelegte und vom Genossenschaftstag angenommene Entschließung betont, daß zum Wiederaufbau des Wirtschaftssystems nach dem Kriege die Mitwirkung der bereits organisierten wirtschaftlichen Volkskräfte notwendig ist. Deshalb ist es geboten, daß die Konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher in den öffentlich-rechtlichen Interessensvertretungen des deutschen Wirtschaftslebens zu Worte kommen. Im Hinblick darauf wird verlangt, daß den Konsumgenossenschaften eine ihrer organisatorischen und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende ständige Vertretung in den bestehenden Handelskammern eingeräumt wird.

Zu den Vorstand wurden die Herren Barthel (Dresden) und Liebmann (Frankfurt a. Main), in den Ausschuß die Herren Professor Dr. Staudinger (Darmstadt), Pöblich (Zwidau) wieder- und Herr Leisch (Hamburg) neu gewählt.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 27. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 570108 Joh. Stahl, M.-A., geb. 5. 12. 80 zu Wiesenthal.
- 606118 Karl Mörs, Tischler, geb. 1. 4. 91 zu Bremen.
- 687460 Ludw. Wang, Tschl., geb. 13. 9. 94 zu Grünstadt.

Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.

Der Vorstandsvorstand.

### Korrespondenzen.

Hamburg. (An die Ristenmacher.) Aus dem Felde auf 18 Tage nach Hamburg beurlaubt, habe ich leider erkennen müssen, daß die Ristenmacher in einen Kriegsschlaf verfallen sind, der nun schon über drei Jahre währt. Die Kollegen, die mit mir hinausjagen, werden statt der guten Sektion, die sie verließen, nur noch Trümmer wiederfinden, werden von neuem anfangen müssen, weil — ja weil die Zurückgebliebenen schlechte Hüter waren des kostbaren Gutes, welches sie verwalten sollten.

Kollegen, seht ihr denn nicht, daß ihr es fertiggebracht habt, die rüstständigste Gruppe der Arbeiterschaft Hamburgs zu sein? Fühlt ihr denn nicht, wenn ihr daheim am Tisch sitzt, wie notwendig eine bessere Entlohnung ist? Hört ihr denn nicht, wie alle Verufe ihre Löhne ohne Streiks mehr oder weniger den Verhältnissen anzupassen wußten? Und ihr wollt weiterjagen, trotzdem ihr euch jagen müßt, daß gerade unser Verufe es sehr nötig hätte? Was hilft alles Schimpfen auf den Verband, den ihr so notwendig braucht, was nützt das Schimpfen auf die Mitkollegen, wenn ein jeder mitschuldig ist, und was nützt das Schimpfen auf die Frauen, die jetzt in unserem Verufe beschäftigt sind, wenn sie nun doch mal da sind? Organisiert die letzteren! Nur die Angst vor der Lebensstellung hält euch ab, zu agitieren. Wie leicht es ist, beweist doch wohl ein Heften, daß ich in einer Woche drei Personen dem Verband zuführte, während ich auf Urlaub war und in einem Verufe meine alte Tätigkeit

wieder aufnahm. Manah tüchtigen Kollegen werden wir nicht wiedersehen, sie fielen als Opfer dieses Mordens, und ihr wollt sie ehren, indem ihr die Arbeit eines Orien, und wie sie alle heißen, verfallen läßt?

Kollegen, rafft euch auf, organisiert, schafft Werkstattdeligierte, und vor allem, befehlt die Verammlungen, um eure Lebenslage etwas menschenwürdiger zu gestalten, und um den Rückkehrenden nach dem Kriege mit Stolz sagen zu können: „Unsere Sektion steht brillant da.“

Ich hoffe, daß in dem nächsten Bericht, den unsere Verwaltung ins Feld sendet, nicht mehr die Worte stehen: „Arg sieht es bei den Ristenmachern aus, und noch vieler Arbeit wird es bedürfen, um die Sektion wieder auf die alte Höhe zu bringen.“ Mit der Verwaltung rufe ich: „Aber auch das muß gelingen im Interesse des Verbandes, im Interesse aller in Ristenfabriken tätigen Kollegen.“

M. Wahrmann.

Landshut. Während der Durchführung der Berliner Vereinbarung im Gau München in den Orten des Arbeitgeber-Schutzverbandes keine Schwierigkeiten in den Weg gesetzt wurden, versuchten die Landschuter Arbeitgeber, sich von der Sache zu drücken. Sie lehnten die Vereinbarung glatt ab mit der Begründung, daß sie das nichts angehe, was man in Berlin zusammenbraute, und speisten die Kollegen mit ein paar Pfennigen Teuerungszulage ab. Der vom Gauvorsitzer angerufene Schlichtungsausschluß beschloß, Gutachten von den Vorständen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und des Arbeitgeber-Schutzverbandes einzuholen. Am 27. Juni war endlich Verhandlungstermin vor dem Schlichtungsausschluß angelegt. Die Arbeitgeber hatten inzwischen wohl eine neue Teuerungszulage im Betrage von 3 bis 6 Pf. gezahlt, beharrten aber auf der Nichtanerkennung der Vereinbarung. Die vorliegenden Gutachten waren deutlich. Der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes, Herr Nahardt, betonte in seinem Schriftsatz, daß auch für die Landschuter Schreinermeister keine Extrawurst gebraten werden könne. Die Entscheidung des Schlichtungsausschusses konnte hiernach nicht zweifelhaft sein. Der gefällte Schiedsspruch lautet:

„Die Schreinermeister von Landshut sind verpflichtet, die in Berlin vor dem Reichsamt des Innern abgeschlossene Vereinbarung anzuerkennen und zu erfüllen mit der Maßgabe der Rückwirkung vom 10. November 1916 bzw. 15. Februar 1917.“

Damit ist den Landschuter Kollegen, wenn auch erst nach langen Bemühungen, ihr Recht geworden. Wenn sich die Schreinermeister jetzt noch weigern sollten, ihre Pflicht zu erfüllen, dann werden sie ihre Arbeit selbst machen müssen. Der Ablehnschein muß den Kollegen gegeben werden, und die Nachzahlung der Teuerungszulage kann erforderlichenfalls am Gewerbegericht werden. Hoffentlich lassen es die Arbeitgeber dazu nicht kommen. Man darf auch erwarten, daß sie sich bei der demnächst zu beschließenden neuen Teuerungszulage nicht von neuem sperren. Wenn alle Kollegen dem Deutschen Holzarbeiter-Verband angehören, dann werden die Unternehmer solche Schwierigkeiten nicht wieder machen.

## Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

### Die Teuerungszulage.

Der Gesamtvorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes, der in Erfurt verammelt war, hat sich, wie er unserm Verbandsvorstand mitteilte, bereit erklärt, in Verhandlungen über die gestellte Forderung auf Teuerungszulage einzutreten. Der Arbeitgeber-Schutzverband wünscht, daß diese Verhandlungen vor dem Kriegsamt geführt werden, und hat mit diesem bereits deswegen Fühlung genommen.

Dachau. (Ein Erfolg der Einigkeit.) Die Durchführung der Vereinbarung im Sägewerke in Bayern stößt bei ihrer Anerkennung manchmal auf Schwierigkeiten. Besonders die Klasseneinteilung behagt manchem Arbeitgeber nicht, wenn der Ort in eine der ersten Klassen eingeteilt ist. Das Bezirksamt München gehört in Klasse I, und mit Recht, sind doch die Lebensverhältnisse keineswegs günstiger als in München selbst. Den Arbeitern entstehen oftmals Mehrkosten, weil sie ihren Bedarf an Kleidern, Schuhen und sonstigen Bedarfsartikeln in München decken müssen. Das Sägewerk von Kirch v. Söhne in Dachau liegt im Bezirksamt München, und der Besitzer meinte, weil das

nur 8 Kilometer entfernte Bezirksamt Dachau in Klasse III eingereiht ist, den Mittelweg vorzuschlagen und für seinen Betrieb Klasse II anzuerkennen. In diesem Sinne erfolgte die Erhöhung der Löhne und auch die Nachzahlung der Lohnrückstellungen ab 1. April. Die Kollegen waren mit dieser Regelung jedoch nicht einverstanden. Der Gauvorstand beantragte beim Schlichtungsausschluß München III die Fällung eines Schiedsspruches. In der Vorverhandlung meinte der Vertreter der Firma, es sei eine Ungerechtigkeit, Dachau in Klasse I zu setzen, es wären überhaupt zu viele Klassen vorhanden, drei würden vollauf genügen. Ferner meinte er, seien die Wohnungen bedeutend billiger als in München, die Lebensmittel wären ebenfalls nicht so hoch im Preise und eher zu haben. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, nachdem wir das Gegenteil nachwiesen. Der Vorsitzende erklärte sich hierauf für die Vernehmung von Gutachtern, die bezeugen sollten, ob die Lebensverhältnisse tatsächlich günstiger seien. Von uns wurde der Bürgermeister von Dachau und von der Gegenseite der Bürgermeister von Menzing in Vorschlag gebracht. Am 19. Juni fand Verhandlung vor dem Schlichtungsausschluß statt. Der Vorsitzende hatte das persönliche Erscheinen der Bürgermeister von Dachau und von Dachau angeordnet, weil in letzterem Ort auch ein Teil der Arbeiter des Betriebes wohnhaft ist. Beide Gutachter erklärten übereinstimmend, daß die Lebensverhältnisse am Orte keineswegs günstiger seien als in München, im Gegenteil, erklärte der Vertreter von Dachau, seien sie schlimmer. Auf Grund dieser Gutachten war für uns die Sache geklärt. Der Schlichtungsausschluß mußte seinen Schiedsspruch zugunsten der Arbeiter fällen. Der Vorsitzende suchte nun neuerdings eine Einigung herbeizuführen. Der Vertreter der Firma wollte jedoch nicht ohne Schiedsspruch nach Hause kommen. Nach Beratung verkündete der Vorsitzende, ein Schiedsspruch sei nicht zustande gekommen, da bei den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern Stimmengleichheit vorhanden sei und er sich, als ausschlaggebend, der Stimme enthalten habe.

Eine am gleichen Tage stattgefundene Betriebsversammlung, in welcher unser Gauvorsitzer Bericht erstattete, verlief zwar in ruhiger Weise. Es war aber eine Ruhe vor dem Sturm. Einstimmig faßten sie den Beschluß, sofort den Ablehnschein zu verlangen. Eine Teuerungszulage von 2 Mk. pro Woche, welche der Arbeitgeber am Nachmittag den Schwerarbeitern (Frauen und Jugendliche sollten nichts erhalten) zugelegt hatte, wurde abgelehnt. Der Arbeiterschausschluß sollte am nächsten Tage den Beschluß der Firma unterbreiten. Die Firma scheint jedoch schon von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt worden zu sein und gab nach, mit der Erklärung, bis zum Abschluß Klasse I zahlen zu wollen, aber dann werde sie sich in Klasse II einreihen.

In welche Klasse die Firma künftig eingereiht wird, überlassen wir getrost der Zukunft. Darüber werden die Arbeiter auch noch ein Wörtchen reden. Aufs Heft beweist der Fall, daß durch die Einigkeit die festgesetzte Lohnklasse aufrecht erhalten wurde, und es liegt im ureigensten Interesse der Arbeiter, diese Einigkeit aufrechtzuerhalten und den letzten Mann für den Verband zu gewinnen, nur dadurch ist es möglich, Verschlechterungen hintanzuhalten und weitere Verbesserungen zu schaffen.

## Aus der Holzindustrie.

### Wechsel in der Leitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes.

Der seitherige erste Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, Obermeister Nahardt, ist von der Leitung dieser Organisation zurückgetreten. Der Vorstand teilt in der neuesten Nummer der „Fachzeitung“ mit, daß in der am 23. Juni in Erfurt abgehaltenen Vorstandssitzung der Entschluß des Herrn Nahardt, wegen Überlastung von seinem Amte zurückzutreten, zu allgemeinem Bedauern nicht zu erschüttern war. Er wurde zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes ernannt.

Zum ersten Vorsitzenden wurde Herr Konieshan (Breslau) gewählt und in Aussicht genommen, für das Zentralbureau des Verbandes eine heute noch in der Praxis stehende bewährte Kraft zu gewinnen. Zur Führung der zentralen Verhandlungen über die vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes eingereichten Forderungen auf eine weitere Teuerungszulage wurde eine Kommission gewählt, welcher die Herren Wolfram (Hamburg),

Brach (Bremen), Schildknecht (Stuttgart), Bergmüller (München), Thiele (Hannover), Hagenah (Leipzig) und Schaar (Berlin) angehören.

Von den Möbelerarbeitern in Großbritannien.

Dem „Bulletin“ der Internationalen Union der Holzarbeiter entnehmen wir folgenden Bericht:

Der Märzbericht des Verbandes der Möbelerarbeiter, der nach längerer Unterbrechung der Postverbindung wieder einmal zu uns gelangte, enthält wie immer einige recht interessante Mitteilungen. In der Monatsübersicht des Sekretärs wird darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosigkeit weiter zurückgegangen ist. Von den 123 Arbeitslosen des Vormonats waren nur noch 98 übriggeblieben, und die Aussichten sind auch weiterhin günstig. Recht ausführlich nimmt der Sekretär Stellung gegen die Bestrebungen der Unternehmerverbände, die schon jetzt ihr Eisen schmieden für den Kampf nach dem Kriege. So propagieren sie mit großer Rührigkeit das Prinzip der Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Werbematerial hierfür, das der Vorsitzende der englischen Handelskammer in Paris verfaßt, wird den Gewerkschaftsfunktionären zugestellt. Ebenso entschieden wendet sich der Bericht gegen die Versuche des Reichsverbandes der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, dessen Bestrebungen auch von einigen Arbeiterministern gefördert werden, die darauf hinauslaufen, durch Veranstaltung gemeinsamer Essen den Interessen der Unternehmer und der Arbeiter zugleich zu dienen. Der Sekretär erinnert daran, daß es angebracht sei, besonderes Mißtrauen gegen die Demobilisationspläne dieser Kreise zu hegen, um so mehr, als die berufenen Organisationen der Arbeiter, der Gewerkschaftsbund, das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses usw., hierfür schon seit einiger Zeit bestimmte Grundlinien festgelegt haben. Um so bedauerlicher sei es, daß hervorragende Persönlichkeiten auch dieser Körperschaft sich neuerdings an jenen Bestrebungen beteiligen, die der Verichterstatler verurteilt.

Der Bericht des geschäftsführenden Ausschusses beschäftigt sich mit den vielen Versuchen der Unternehmer, das Prämiensystem besonders in den Schiffswerften wieder einzuführen. Eine Delegiertenversammlung der betreffenden Arbeiter, deren Gewerkschaften zu einer besonderen Föderation für diesen Zweck zusammengeschlossen sind, sprach sich nach Ansprachen des Ministerpräsidenten und des Arbeiterministers entschieden gegen die Einführung des Prämiensystems aus. Auch in diesem Falle wird behauptet, daß sich die Arbeiterminister an solchen Versuchen beteiligen.

Einer der Organisatoren des Verbandes berichtet über einen Streik von 120 Mann, weil vier in demselben Betriebe beschäftigte Mitglieder anderer Gewerkschaften sich weigerten, den dort eingeführten Brauch zu respektieren, wonach allmonatlich eine gegenseitige Kontrolle der Mitgliedslisten daraufhin stattfindet, ob die Beiträge gezahlt sind. Nach anderthalb Wochen Streik gaben die vier nach, und die Arbeit konnte wieder aufgenommen werden.

Der parlamentarische Sekretär des Verbandes, Kollege O'Grady, der auch als Vorsitzender des englischen Gewerkschaftsbundes bekannt ist, berichtet darüber, wie die Ernährungsschwierigkeiten des Landes infolge der neuen Kriegführung seien. Nur mit vieler Mühe ist es dem Landwirtschaftsminister gelungen, die Landwirte von der ernststen Lage zu überzeugen und sie zu bewegen, mehr für die Produktion der Lebensmittel zu tun. Der Eifer wird besonders durch Minimalpreise angereizt. Als besonders wichtig hebt O'Grady dabei hervor, daß die betreffenden Zusagen an die Landwirte unter der Voraussetzung gemacht wurden, daß sie einen Minimallohn von 25 Mk. in der Woche an ihre Landarbeiter zahlen.

Gewerkschaftliches.

Das Kriegsamt für die Innehaltung der Tarifverträge.

Das Kriegsamt gibt bekannt, daß es an die beteiligten Verbände folgendes Schreiben gerichtet hat:

„Nachdem unter Mitwirkung des Kriegsammtes die Lohnverhältnisse des Baugewerbes in Groß-Berlin neu geregelt worden sind, muß das Kriegsamt entscheidenden Wert darauf legen, daß die zwischen den beteiligten Organisationen vereinbarten Arbeitsverträge (Tarifverträge) sowohl von diesen als auch von jedem Arbeitgeber und Arbeitnehmer in allen ihren Teilen auf das genaueste innegehalten werden, um den gewerblichen Frieden auf den Bau- und Arbeitsplätzen im Bereiche der Verträge aufrechtzuerhalten. Deshalb können sowohl der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin als auch der Deutsche Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Berlin, und der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands darauf rechnen, daß das Kriegsamt ihre Anstrengungen, die neu festgesetzten Lohnbedingungen auf allen Arbeitsplätzen zur Durchführung zu bringen, nachdrücklich unterstützen und einer Durchbrechung der Tarife entgegenzutreten wird.“

In ähnlicher Weise hat sich übrigens auch der Vertreter des Kriegsammtes bei den Verhandlungen ausgesprochen, die zum Abschluß des Reichsttarifs für Geschloßkärbe führten. Nach dem amtl. Protokoll der Verhandlungen stellte der Vertreter der Kriegsministerien ausdrücklich fest:

„Wird der Tarifvertrag jetzt neu abgeschlossen, dann muß er natürlich von allen streng eingehalten werden. Verstöße gegen den Vertrag sind den Militärbehörden anzuzeigen. Kollegiale und moralische Bedenken gegen solche Anzeigen können nicht gelten. Arbeitgebern, die den Vertrag nicht erfüllen, werden die Aufträge entzogen.“

Dieses entschiedene Eintreten der zuständigen Behörde für die Innehaltung der abgeschlossenen Tarife ist eine Erregung der Kriegszeit. Leider bezieht es sich nur auf Verträge, die unter Mitwirkung des Kriegsammtes abgeschlossen wurden. Da in dem Geltungsbereich der Tarifverträge hauptsächlich Aufträge der Heeresverwaltung ausgeführt werden, hat das Kriegsamt auch die Macht, etwa widerstrebende Unternehmer zur Erfüllung ihrer Pflichten zu zwingen. Beachtenswert ist der in der Bekanntmachung des Kriegsammtes ausgesprochene Grundsatz, daß der Tarifvertrag für alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer des betroffenen Berufszweiges gilt. Es kann sich also niemand darauf berufen, daß er, als außerhalb der Organisation stehend, von dem Tarifvertrag nicht betroffen werde. Für die Unorganisierten in beiden Lagern ist das ein Hinweis, sich der Organisation anzuschließen.

Mit der Beendigung des Krieges wird das Kriegsamt voraussichtlich aufgelöst werden; jedenfalls ersuchen dann seine Vollmachten, die es in stand setzten, sich in dieser Weise für die Innehaltung der Verträge einzusetzen. Die jetzige für den Friedensstand maßgebende Gesetzgebung verlagert den Tarifverträgen jeden Schutz. Das ist auch eine der vielen Fragen, die für die vielbesprochene, aber nicht vom Fleck kommende Neuorientierung in Betracht kommen. Sie hängt mit dem engsten zusammen mit der gezielten Sicherung des Koalitionsrechts, die wir mit Entschiedenheit fordern. Ob und in welchem Umfang wir sie erreichen werden, steht noch dahin. Jedenfalls müssen wir unsere Organisationen so ausbauen und kräftigen, daß wir unsere Erregungen selbst verteidigen können, auch in dem Fall, daß das gesetzliche Unrecht, das der Arbeiterschaft bisher zugefügt wurde, bei der Wiedertehr des Friedens noch nicht beseitigt sein sollte.

Der Textilarbeiter-Verband hielt in den Tagen vom 24. bis 27. Juni zu Augsburg eine außerordentliche Generalversammlung ab.

Die Einberufung der Generalversammlung war in einer Urabstimmung von den Mitgliedern beschlossen worden, und der Hauptgegenstand der Verhandlungen war die herrschende Teuerung und die ungenügende Entlohnung der Textilarbeiter und -arbeiterinnen. Ueber die Lage der Arbeiterschaft in der Textilindustrie während des Krieges entrollten die Vorstandsmitglieder Hübsch und Jäckel ein grauenerregendes Bild. Bei Ausbruch des Krieges wurde die Textilindustrie von einer starken Arbeitslosigkeit betroffen, die auch durch die nachher einsetzende Hochkonjunktur durch die Heereslieferungen nicht völlig beseitigt wurde. Durch das Eingreifen des Verbandes wurde den notleidenden Textilarbeitern staatliche Unterstützung bewilligt. Die Unternehmer nahmen das vielfach zum Anlaß, sich von Lohnhöhungen zu drücken oder gar Lohnabzüge vorzunehmen. Als ein großer Fortschritt wird es berichtet, daß die Kriegsämter für Bayern und für Württemberg in letzter Zeit Mindestlohnsätze festgelegt haben, die für erwachsene männliche Arbeiter in der ersten Klasse 50 Pf., in der zweiten 47 Pf. pro Stunde betragen; für erwachsene Arbeiterinnen sind die Mindestlöhne auf 38 und 35 Pf. festgesetzt. Es hat sehr große Mühe verursacht, die Behörden für die traurige Lage der Textilarbeiter zu interessieren. Auf die Eingaben des Verbandes verlangten die Behörden Gutachten von den Handelskammern, die natürlich im Sinne der Unternehmer berichteten. Diese arbeiteten häufig mit gefälschten Lohnlisten. Gegen einen Unternehmer schwebt zurzeit ein Prozeß, weil er ein Lohnbuch mit hohen Löhnen führte, um damit die Behörden zu betrogen, während das im Geschäft benutzte Lohnbuch die viel niedrigeren wirklichen Löhne auswies, die gezahlt wurden. Bezeichnend für das den Textilarbeitern entgegengebrachte Wohlwollen ist es, daß das Beliebigkeitsbesetzungsamt in Berlin auf eine vom 7. August 1915 datierte Eingabe erst am 17. Juni 1916 eine dazu noch im wesentlichen ablehnende Antwort gab. Das düstere Bild von der Lage der Textilarbeiter, das die Referenten entworfen hatten, wurde durch Einzelschilderungen einer großen Zahl von Nebenern ergänzt. In der einstimmig angenommenen Resolution wird eine wesentliche Erhöhung des Einkommens der Textilarbeiter und -arbeiterinnen durch entsprechende Erhöhung der Löhne auf der Grundlage eines garantierten Minimal-Tagesverdienstes gefordert. Der Verbandsvorstand wird verpflichtet, im Falle von Konflikten die Arbeiter mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Von den Behörden wird eine gerechtere Würdigung der Arbeiterforderungen erwartet. In einer anderen Resolution werden die Forderungen der Textilarbeiter für die Uebergangswirtschaft formuliert. Beschlossen wurde, bei den zu stellenden Lohnforderungen die örtlichen Löhne der Munitions- und Rüstungsindustriearbeiter als Maßstab zu nehmen. Von den sonstigen Beschlüssen ist noch zu erwähnen die Wiedereinführung der Streik- und der Gemahregelunterstützung.

Der Buchbinder-Verband hatte am Schluß des Jahres 1915 6288 männliche und 10 722 weibliche, zusammen 17 005 Mitglieder. Am Ende des Jahres 1916 waren 5480 männliche und 11 072 weibliche, zusammen 16 552 Mitglieder vorhanden. Da im letzten Jahre 1737 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen wurden, wäre somit noch ein Zuwachs von 713 Mitgliedern eingetreten. Die Einnahme der Verbandskasse im Jahre 1916 betrug 401 369 Mk., die Ausgabe 310 066 Mk. Das Gesamtvermögen des Verbandes, das Ende 1913 1 379 670 Mk. betragen hatte, war bis Ende 1916 auf 1 423 299 Mk. gestiegen, wovon sich 346 192 Mk. in den Totalkassen befanden.

Gestorbene Mitglieder.

- Joh. Schmauder, Schreiner, 81 J., gest. in Stuttgart.
Mathias Grözinger, Schreiner, 42 Jahre, gest. in Stuttgart.
Wich. Strohmaier, Maschinenschl., 69 Jahre, gest. in Stuttgart.
Jakob Kauter, Schreiner, 48 Jahre, gest. in Stuttgart.
Gustav Sabisch, Tischler, 63 Jahre, gest. in Magdeburg.
August Menzer, Maschinenschl., 61 Jahre, gest. in Rabenau.
Friedrich Jahns, Tischler, gest. in Halle (Saale).
Emil Eille, 50 Jahre, gest. in Frankenhäuser.
Karl Schmidt, Polierer, 56 Jahre, gest. in Osnabrück.
Franz Kojawa, gest. in Schneidemühl.
Ferdinand DeGraf, Bürstenmacher, 79 Jahre, gest. in Schwelm.

Ehre ihrem Andenken.

Karl Reiche, Tischler, schick sofort meinen Kasten an Köpfer in Hamburg.

Johann Schmalz, geb. 18. 10. 1861 zu Balbach, ist seit dem 8. Okt. d. J. krank und hoffentlich bald wieder genesen, werden um Mitteilung gebeten am Schicksal Köln a. Rh., Severusstr. 199.

Tischler stellt sofort ein Otto Schneider, Großmühlweg (Bez. Magdeburg).

Gesucht ein Tischler Hamburg, Eternitätstraße 7, 2. Et.

Ältere Tischler, auch Kriegsverwehrt werden gesucht. Arbeitsnachweis-Büro (Sachsen), In der Petrisstraße Nr. 1, I.

10 Tischler auf eigene Herren- und Koffer, sofort gesucht. Kunstmöbelfabrik Treuen (Sachsen).

Tischler auf Flugzeugteile werden verlangt. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Brandenburg (Havel), Grabenstr. 3.

Geübte tüchtige Möbelpolierer gesucht. Hans J. Müller, Flensburg, Angelburger Straße 27/28.

Stuhl- und Sesselbauer, Tischler sofort gesucht. Niedlungen an: Erzgebirgische Holzindustrie, Aktiengesellschaft, Brand-Erbisdorf bei Freiberg (Sachsen).

Zwölf Stuhlbauer für dauernde bzw. Arbeit suchen. Deutsche Stuhlwerke, Geringswalde-Vilmsdorf (Sachsen).

Stuhlbauer, Maschinenarbeiter gesucht. Waldeckische Stuhlfabrik, Mengerschanzen (Waldeck).

Geübte Drechsler auf Bein u. Holz für Militär- und Maschinenartikel für sofort und später gesucht. Offerten an Reich, Goldmann & Co., Offenbach a. M.

2 tüchtige Drechsler für sofort gesucht. H. Reiter, Flensburg, Angelburger Straße 6.

Korbmacher auf 98er Munitionsförbe, auf 21- und 15-cm-Langgranatenföbe sowie Drillingsgefelle sucht Herr. Kühn, Köpferstraße.

Korbmacher auf 98er Munitionsförbe und Minierföbe sofort gesucht. Karl Kretschmar, Jittau (Sachsen), Löbauer Straße 70.

20 Korbmacher für 98er und Drillingsgefelle sucht sofort Max Poppel, Dresden-A., Jöllnerstraße 5.

Korbmacher auf alle Sorten Geschloßföbe, Drillingsgefelle und Auszieher verlangt. F. Söulz, Berlin, Michaelkirchstr. 15.

Korbmacher und sonstige Arbeiter und Arbeiterinnen auf 10-cm- Patronenföbe (Ringföbe), ganz aus Weide, stellt sofort ein Korbkunst Hildburghausen.

Werkzeug-Neuheiten. Preislisten gratis und franko! Otto Bergmann, Berlin SO., Oppolzerstr. 31.

Den Verbandsmitgliedern empfehlen wir das von uns herausgegebene Lohnbuch für Holzarbeiter. Kleine Ausgabe, enthaltend 40 Seiten, 10 Pf. 50 Stück 4,50 Mk. Große Ausgabe, enthaltend 80 Seiten, 20 Pf. 50 Stück 9,- Mk. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16.

Eingelegte Furniere für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs schreiben. E. Biller, Marqueter, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Betrautet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Table with columns: Ort, Facharbeiter, Tischler, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen, Insgesamt. Rows list various locations like Berlin, Bremen, Breslau, etc., with corresponding numbers of workers.

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.